

Bezugspreis:

50 Pfennig, 30. — 121. monatlich, 10. — 221. für ein Jahr, voraus zahlbar. Post- bezug monatlich 10. — 221. erst nach Bestätigung der Postverwaltung für Deutschland und Österreich 16.10 Pf. für das übrige Ausland bei täglich einmal Zustellung 21.50 Pf. Post- bezugungen nehmen an Österreich, Ungarn, Tschechoslowakei, Dänemark, Holland, Jugoslawien, Schweden und die Schweiz. — Eintragungen in die Postzeitungs-Verzeichnisse.

Der „Vorwärts“ mit der Sonntags- beilage „Welt u. Zeit“ erscheint wochen- täglich zweimal, Sonntags und Monta- gtags einmal.

Telegraphen-Adresse: „Sozialdemokrat Berlin“.

# Vorwärts

## Berliner Volksblatt

### Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Anzeigenpreis:

Die aufgeführten Konditionen gelten für die „Klein-Anzeigen“, das ist gedruckt Wort 1. — 2. (zwei- bis fünf- zeilige Zeilen), jedes weitere Wort 60 Pfg. Einzeilige und Schließzeilen zählen das erste Wort 60 Pfg., jedes weitere Wort 40 Pfg. Worte über 15 Buchstaben zählen für zwei Worte. Zusätzliche 50 Pfg. Familien-Anzeigen für Abonnenten Seite 2. — 3. politische und gewerkschaftliche. Berichts-Anzeigen 2. — 3. die Seite ohne Aufschlag. Anzeigen für die nächste Nummer müssen bis 3 Uhr nachmittags im Hauptgeschäft, Berlin SW 68, Graben- straße 3, abgegeben werden. Bestimmt von 9 Uhr früh bis 5 Uhr abends.

Redaktion und Expedition: SW. 68, Lindenstr. 3.  
Telefonnummer: Amt Moritzplatz, Nr. 15190—15197.

Donnerstag, den 19. August 1920

Vorwärts-Verlag G. m. b. H., SW. 68, Lindenstr. 3.  
Telefonnummer: Amt Moritzplatz, Nr. 11753—54.

## Offensive Pilsudskis.

London, 18. August. (Reuter.) Die Schlacht vor Warschau scheint zugunsten der Polen ihren Fortgang zu nehmen. Die Polen haben das Fort Rawo Plasz genommen.

Königsberg, 19. August. (D.N.) Grenzüber- tretungen sind an der ostpreussischen Grenze nicht vorgekommen. In Rückwirkung der Lage um Warschau ist der Vormarsch der russischen Nordflügel ins Stodden geraten. Die polnische Gegenoffensive hat weitere Erfolge nördlich Pöblich zu verzeichnen. Der polnische Gegenstoß ist nach Osten in Richtung Pultusk erweitert worden. Die Polen haben die Bahn Warschau-Siebel-Brzez-Litwost auf der ganzen Linie überschritten.

Kopenhagen, 19. August. Nach einem Telegramm aus Warschau: melde der polnische Heeresbericht: Die von General Sikorski trotz großer Schwierigkeiten ergriffene Gegenoffensive an der Nordfront verläuft andauernd sehr günstig. Der Feind, der an diesem Abschnitt zehn Divisionen eingesetzt hatte, ging auf der ganzen Linie zurück, stellenweise ist sein Rückzug kauderzilig. Unsere Flieger bombardierten mit guten Ergebnissen die feindlichen Kolonnen. Das Resultat der erfolgreichen Kämpfe wird bereits in Warschau gemeldet, wo der Druck des Feindes in der Richtung Jęgrze und Dembe bedeutend schwächer ist. Dagegen wüten südlich von Warschau noch sehr erbitterte Kämpfe, aber auch hier wurden alle Angriffe abge schlagen und an mehreren Stellen Fortschritte gemacht.

Im Zentrum haben unsere Truppen eine größere Offensive unter persönlicher Leitung des Marschalls Piłsudski eingeleitet. Nach einem 45 Kilometer langen Einsatz haben unsere Truppen bereits am Mittag des 16. August Garwolin erreicht und den Feind von der Weichsel vertrieben.

Auf dem rechten Flügel sind polnische Abteilungen auf Widerstand des Feindes bei Rod gestossen und haben Geschütze und Maschinengewehre erobert; wir rücken kämpfend schnell vorwärts.

Auf der Südfront haben wir eine Gegenoffensive begonnen, um den Feind zurückzutreiben, der den Bug bei Sokal und bei Busz überschritten hatte. Nördlich von Jęgrze, Zborow und längs der Strapa toaten die feindlichen lokalen Angriffe ohne Erfolg.

Kassa, 18. August. Einer englischen Meldung zufolge haben sich die Russen genötigt gesehen, wegen der vermehrten Tätigkeit Wrangels mindestens eine Division von der polnischen Front zurückzunehmen, um sie an die Südfront zu entsenden.

### Die Verhandlungen.

Amsterdam, 19. August. „Telegraaf“ meldet aus London, daß der Vorsitzende der russischen Delegation in Rinsf in seiner Eröffnungssprache erklärte, daß die Bolschewiken von den polnischen Grundbesitzern Bürgschaften verlangen müßten, die sie von den polnischen Arbeitern und Bauern nicht gefordert haben würden.

Amsterdam, 19. August. Der polnische Mitarbeiter von „Evening Standard“ erzählt aus guter Quelle, daß die polnischen Delegierten sich weigern, der Bestimmung betreffend Ent- waffung des polnischen Heeres zuzustimmen, wenn die Russen nicht ebenfalls zur Entwaffung übergehen. Ferner sollen die Polen nicht bereit sein, Versicherungen für den Verkehr zwischen Rußland und Deutschland durch polnisches Gebiet zuzugestehen.

## Keine Gewalttaten!

Die europäische Lage, die in der vergangenen Woche eine deutliche Neigung zur Entspannung aufwies, hat infolge der blutigen Vorgänge in Oberschlesien eine nicht zu unterschätzende Verschärfung erfahren. Es liegen zurzeit naturgemäß noch keine französischen Pressestimmen über die dortigen Ereignisse vor, aber es ist zu erwarten, daß die nationalstaatlichen Pariser Blätter die Vorgänge zur erhöhten Stimmungsmache gegen Deutschland ausnützen, genau so wie unsere deutschnationalen Presse bereits am Werke ist, anläßlich der Kattowitzer Straßenkämpfe Del auf das Feuer der deutsch-französischen Beziehungen zu gießen. Solche kostbaren Gelegenheiten lassen sich die Nationalisten beiderseits des Rheins nicht entgehen.

Wichtig der deutschen Arbeiterschaft in solchen kritischen Fällen ist es, zur Besonnenheit zu mahnen und Besonnenheit zu wahren und alle gefühlsmäßigen Momente zurückzustellen.

Es ist leider nur zu wahr, daß überall in Deutschland, wo das französische Militär regiert, das Verhältnis der Bevölkerung zu den Okkupationsstruppen nach kürzester Zeit ein sehr schlechtes wird. Und da keine ähnliche Erscheinung überall da, wo englische, amerikanische und italienische Truppen auf deutschem Boden liegen, nicht zutage tritt, liegt zweifellos die Schuld an den sich ereignenden Zwischenfällen nicht bei der deutschen Bevölkerung, sondern beim französischen Militär. Und daß gerade die Arbeiterschaft sich gegen die Gewalttätigkeit der französischen Besatzungsbehörden auflehnt, spricht erst recht gegen die Haltung und Tätigkeit der letzteren. Im Saar- gebiet, in der Pfalz, in Remel, in Oberschlesien — überall dasselbe Bild. Die unmittelbaren Ursachen der jüngsten Ereignisse in Kattowitz und Rybnik sind zwar Kundgebungen der Arbeiterschaft zugunsten der Aufrecht- erhaltung der deutschen Neutralität gegenüber tatsächlichen oder vermeintlichen neutralitätswidrigen Hand- lungen der französischen Besatzungsstruppen, die tieferen Ursachen liegen zweifellos in dem Putschregiment, das der französische General Le Rond als Vorherrscher der Inter- alliierten Kommission schon seit Monaten führt und dessen Parteilichkeit zugunsten der Polen zum Himmel schreit.

Ueber die direkte Schuldfrage sind, wie immer, zwei ganz entgegengelegte Versionen vorhanden. Wer die erste Gewalttat beging wird sich wohl auch kaum nachweisen lassen. Aber inzwischen hat sich die Erregung der Bevölkerung ganz erheblich gesteigert und nach den jüngsten Meldungen sind deutscherseits Gewalttaten begangen worden, die die schärfste Mißbilligung schon deshalb verdienen, weil man sich damit nachträglich nur ins Unrecht legt, selbst wenn ursprünglich das Unrecht auf der Gegenseite lag. Das Klügste wäre in der jetzigen gespannten Situation, wenn die französischen Besatzungsstruppen durch italienische oder eng- lische abgelöst würden. Damit würde sich die Ruhe in Ober- schlesien ganz von selbst wiederherstellen. Leider ist eine solche vernünftige Entscheidung von den Alliierten nicht zu erwarten, denn das französische Militär dürfte, ganz wie

einst das deutsche, eine Prestigefrage darin erblicken, das Feld zu behaupten.

Unter diesen Umständen können wir nur die Arbeiterschaft ermahnen, Besonnenheit bis zum Meißelstein zu bewahren und vor allem sich zu keinen Exzessen hinreißen zu lassen, die nur der Gegenseite willkommen sind. Vor allem möge die Arbeiterschaft sich davon in Acht nehmen, zugleich Werkzeug und Opfer gewisser rechts- stehender Kreise zu werden, denen jede Ausprägung des deutsch-französischen, bzw. des deutsch-polnischen Gegensatzes erwünscht ist.

Das deutsche Proletariat Oberschlesiens kämpft als Vorposten des europäischen Proletariats den Kampf um die Wahrung der Neutralität im russisch-polnischen Kriege. Die Sympathien der Arbeiterklasse sind ihm daher weit über die Grenzen Deutschlands hinaus gesichert, denn jeder Klassenbewußte Arbeiter Europas weiß, daß ein Sieg Polens einen Sieg der internationalen Reaktion bedeuten würde. Um so dringlicher ist für die Führer der ober-schlesischen Arbeiterschaft das Gebot der Stunde, alles daran zu setzen, daß solche Gewalttaten, wie sie jetzt aus Kattowitz gemeldet werden, verhindert werden, die nur geeignet sind, die Stellung unserer ober-schlesischen Klassengenossen moralisch und materiell zu beeinträchtigen.

### Ausführungen in Kattowitz.

Kattowitz, 19. August. Der Telegraphen-Anion wird gemeldet: Von den im Hotel „Deutsches Haus“ verhafteten 17 Personen wurde einer an Ort und Stelle erschossen, weil er sich gegen die Verhaftung zur Wehr setzte. Zwei wurden von der erregten Menge erschlagen. Vom Hotel „Deutsches Haus“ zog ein Trupp nach der „Gazetta Ludowa“, deren Räume vollständig demoliert wurden. Die Maschinenteile wurden auf die Straße geworfen. Andere Truppen gegen indessen zu verschiedenen polnischen Geschäften, unter anderem auch vor das Haus eines bekannten Polenführers Capliczi, der der Menge aus den Fenstern seiner Wohnung entgegenfah. Durch provokatorische Reden reizte er die Masse, die sich anschaute, das Haus zu stürmen. In diesem Augenblicke wurde aus der Wohnung geschossen. Die Menge blieb vor dem Hause stehen. Zimmer mehr Schüsse wurden geschossen. Am Mitternacht war die Aktion noch nicht zu Ende. Weitere Truppen plünderten polnische Geschäfte, unter anderem das Gasthaus „Alteingold“. Die französischen Besatzungsstruppen ließen sich nicht sehen. Die Besatzung und die Offiziere der alliierten Kommission haben gegen Abend das Gebäude fluchtartig verlassen. Die Franzosen zogen singend ab. Sie wurden von der Masse, die sie begleitete, überhäuft mit dem Rufe: „Sieg wie wir Frankreich schlagen“. Das französische Militär hat sich in die Kasernen zurückgezogen und verbarricadiert. Gegenwärtig, um Mitternacht, ist die Stadt ruhig. Größere Ansammlungen finden noch statt. Irrendwache Aktionen sind nicht zu erwarten. Stran- ziehenden polnischen Stütztrupp aus Beguischlag wurde von Katto- witz die Sicherheitspolizei entgegen geschickt, begleitet von bewaffneten Zivilisten, die sie auffangen soll.

## Die osteuropäische Frage.

Von Paul Döber.

Der Verfasser des nachfolgenden Aufsatzes über die osteuropäische Frage, Genosse Paul Döber, ist der Herausgeber der „Briefe aus Sowjetrußland“. Er gehört den Menschewiki an. Seine Beurteilung der bolschewistischen Politik darf auch auf Interesse bei den deutschen Sozial- demokraten rechnen.

Das osteuropäische Problem steht augenblicklich im Vordergrund der europäischen Kontinentalpolitik, da das wirtschaftliche und politische Schicksal Europas hauptsächlich von der Gestaltung der russisch-polnischen Verhältnisse abhängt. In dieser Frage ist Sowjet- rußland der ausschlaggebende Faktor. Das haben nun auch die Regierung Viljudkis und ihre ententistischen Protektoren zugeben müssen. Das polnische Friedensangebot dokumentiert das zur Genüge. Mit nicht geringerer Interesse als die werk- tätige Bevölkerung Rußlands verfolgen die Arbeiter West- europas die nächsten Schritte der russischen Sowjetregierung. Es ist nur zu verständlich, wenn die Arbeiterklasse mit tief- greifender innerer Unruhe der Schicksalsfrage entgegensteht, ob nun endlich, nach sechsjährigem Blutvergießen und Ver- mächten, der allgemeine europäische Friede wiederher- gestellt wird, oder ob auch weiter Gewalt und Rechtslosigkeit Europas Schicksal besiegeln sollen.

Die offiziellen Friedensbedingungen Rußlands an Polen verlangen, wie bekannt sein dürfte, die Herabsetzung des polnischen Heeres auf 50 000 Mann, die Aufhebung der polnischen Kriegsindustrie, sowie einen freien Handelsweg über Bialystok und Grajemo nach Ostpreußen resp. an die Ostsee und betonen ausdrücklich, Rußland garantiere ein selbständiges Polen in den vom Obersten Rat fest- gesetzten Grenzen. Wenn es nach den bisherigen Erfahrungen möglich wäre, das russische Angebot, so wie es ist, als oberlich und wohlgemeint aufzufassen, müßte man zugeben, daß es sich in durchaus rechtlichen Grenzen bewegt. Denn ein mili- taristisches, von Frankreich mit materiellen und moralischen Mitteln gestütztes Polen würde für Rußland dauernd eine Gefahr bedeuten, wie es überhaupt ein gewisses unruhiges Element im Osten sein würde. Das letzte Abenteuer der Polen in der Ukraine bestätigt das zur Genüge. Wenn Polen von jeder exponierten Politik Abschied zu nehmen gewillt ist, genügt eine Schutztruppe von 50 000 Mann vollst.

Andererseits kann man allerdings nicht stark genug betonen, daß die polnische Gegenforderung, die innerstaatliche Regelung seiner Verhältnisse ohne jeden Druck von bolsche- wistischer Seite her selbst zu vollziehen, zu den unüberbrück- lichen, geteiligten Rechten jedes besiegten Gegners gehört. Leider läßt sich nicht leugnen, daß nach den bisherigen Er- fahrungen die bolschewistischen Rechtsbegriffe zu gefährlichen Komplikationen führen können. Jeder, der die Politik der Sowjetmacht beobachtet hat, weiß, daß sie ihrem alten Dogma, die Weltrevolution dürfe und müsse mit allen Mit- teln durchgeführt werden, treugeblieben sind. Erst lechthin haben Lenin und Trotski auf dem zweiten Kongreß der dritten Internationale in Moskau diesen Grundsat bestätigt. Gemäß dieser Auffassung ist in Moskau der Gedanke, als weitere Etappe auf dem Wege zur Weltrevolution in Polen eine Rätediktatur zu errichten und so eine rote Brücke nach Mittel- und Westeuropa zu schlagen, sehr stark. Ein weiterer Beweis für dieses Bestreben ist die zaudernde Hal- tung der leitenden Kreise in der Frage der Anknüpfung russisch-polnischer Waffenstillstands- und Friedensverhand- lungen, um einen möglichst großen Teil Polens durch die Rote Armee besetzen lassen zu können.

Es ist zu erwarten, daß es die Sowjetregierung mit dem ihr eigenen Gesicht vermeiden wird, sich offiziell an der Errichtung einer Rätediktatur in Polen zu beteiligen. Sie wird sich damit begnügen, dem diesbezüglichen „Volkswillen“ in Polen eine wohlwollend neutrale Haltung zu zeigen. Immerhin hat die Sowjetregierung aus innerpolitischen Gründen ein brennendes Interesse daran, in naher Zukunft das Banner der Rätediktatur auf den Binnen von Warschau zu sehen, da die russische Arbeiterschaft nicht zum geringsten Teil durch die Ideologie der bolschewistischen Weltrevolution bei guter Laune gehalten wurde, und da ein Verlegen dieser Phantasiepolen bei der ersten Feuerprobe, in diesem Fall also in der polnischen Frage, leicht zu einer folgenreichen Krise der Sowjetidee in Sowjetrußland selbst führen könnte.

Außerdem hat die Expansionspolitik, wie sie den Gedankengängen einer bolschewistischen Weltrevolution zugrunde liegt, mit eiserner Logik ihre Träger in dieselbe Lage verriet, in der sich auch die Imperialisten vom anderen Lager be- finden: der Militarismus, den man zunächst als ge- horchames Instrument für sein Ziel ansehen zu können glaubte, ist vom Mittel zum Selbstzweck gewor- den und nimmt heute eine Nachstellung ein, die, wie seinerzeit in Deutschland und dann in Frankreich-England, sehr wohl imstande ist, Arbeit und Ziele der Diplomaten zu durch- kreuzen. Wo es so zu gehen pflegt, ist für einen großen Teil des nationalbolschewistischen Offizierkorps der Roten Armee



Der Krieg Handwerk und Existenzfrage geworden; er führt Krieg um des Krieges willen; und sehr stark fällt der Umstand ins Gewicht, daß sich jene Offiziere der alten Schule, deren Kenntnisse man im Kriege unbedingt denut, und deren innere Ueberzeugung man deshalb duldet, inmitten des Feldlebens sicher fühlen, während in friedlicheren Zeitaltern unter sowjetischer Regide ihrer persönlichen Freiheit und ihrem Betätigungsdrange mehr als enge Grenzen gezogen wären.

Wie groß der Einfluß der zivilistischen Kreise in der Armee unter den gegebenen Umständen ist, geht aus einem Erlaß Trochus vom 30. Juni d. J. hervor, in dem er sich genötigt sah, den Leiter des amtlichen Organs des Kriegs-Kommissariats, des „Wojennoje Delo“, zu entlassen, da er Propaganda gegen Polen mit den bekannnten Allheilmitteln aller Chauvinisten und Annerionisten betrieb. Die Sowjetregierung muß natürlich mit der Kriegsstimmung derartiger Elemente, die zum mindesten innerhalb des Heereskörpers einen gewissen Einfluß haben, rechnen, wenn sie sie auch bekämpft und offiziell verleugnet.

Sollte sich der Rätegedanke in Polen durchsetzen, so würde das naturgemäß für Polen den Bürgerkrieg mit all seinen entsetzlichen Folgen bedeuten. Darüber kann der nicht im unklaren sein, der die soziale und wirtschaftliche Struktur Polens kennt. In Polen liegen die Verhältnisse für die Gründung eines Sowjetregimes viel vorteilhafter als in Rußland. Dort sind der Hauptfache nach drei Faktoren maßgebend für die Dauerherrschaft der Räte: Das passive Wohlwollen der Bauernmassen, die unter den Sowjets zu Macht und Land gelangten, die Möglichkeit, fast den gesamten Staatsapparat für den bolschewistischen Militarismus mit Beschlag zu legen, und die relative Ohnmacht der gegenrevolutionären Armeen. Diese Bedingungen vermißt man in Polen. Weder die polnische Arbeiterschaft noch die polnischen Bauern, geschweige denn eine andere Bevölkerungsschicht sind für den Bolschewismus zu haben. Der polnische Bauer, der vollkommen unter tierischem Einfluß steht, sieht nicht, wie der russische Ruschik, in der Agrarfrage eine Lebensfrage, und ein bedeutender Teil der polnischen Arbeiterschaft, die einzige einflussreiche sozialistische Partei in Polen (die B. P. S. unter der Leitung des Wjzelsanzlers Dajnycki), ist durchdrungen vom Geiste dieses für unsere Begriffe fast auswärtigen Nationalismus. Wenn es der sehr kleinen Gruppe der polnischen Kommunisten gelingen sollte, sich mit Hilfe der Bajonette der Rotgardisten an die Spitze des Staates zu schwingen, wird sie stets einer starken Exekutivgewalt bedürfen, um ihre Herrschaft zu behaupten. Diese Gewalt könnte ihr nur eine sowjetrussische Besatzungsmarine garantieren. Ein derartiger Fremdfürer innerhalb des ethnographischen Polen würde aber die an und für sich schon sehr hart national orientierte polnische Bevölkerung zusammenjähren und in ihrem Haß gegen den Bolschewismus nur noch mehr bestärken. Zieht man die sehr gute Organisation der polnischen Bourgeoisie in Betracht, so kommt man zu der Ueberzeugung, daß eine Räteform in Polen nur eine vorübergehende Erscheinung sein könnte, die allerdings für das polnische Volk eine furchtbare Leidenszeit heraufbeschwören würde. Es blüht einem das Herz bei dem Gedanken, daß sich für die Arbeiterschaft Polens die Tragödie der Gorthy-Ungarn wiederholen kann. Selbst Sowjet-Rußland würde trotz seiner geographischen Nähe auf die Dauer an diesem Endresultat nichts ändern können.

Die Arbeiterschaft Westeuropas begrüßt den Zusammenbruch des polnischen Militarismus mit Genugtuung, wie sie auch am Anfang dieses Jahres die Nachricht von der Niederlage der konterrevolutionären Koltschak, Denikin usw. freudig entgegennahm. Nicht genug damit, entschloß sie sich, durch die Tat ihre Solidarität mit der russischen Arbeiterschaft zu beweisen, indem sie mit allen ihr zu Gebote stehenden politischen Mitteln ein Eingreifen der Entente zugunsten des polnischen Imperialismus unterband. Auf der andern Seite muß sie allerdings auch verlangen, daß die russische

Arbeiterschaft ihrerseits ihre Macht den Lenin usw. gegenüber dahin geltend macht, daß der polnisch-russische Friede nicht eine Fortsetzung der Friedensschlüsse von Brest-Litowsk, Versailles und Saint-Germain wird, damit nicht auch dieser Friede, wie die anderen Friedensschlüsse, die auf die Katastrophe des Weltkrieges folgten, nur die Weiterführung des Krieges mit anderen Mitteln bedeutet.

### Mit rauher Faust.

Die sehr vernünftige Haltung der „Freiheit“ in der Frage der politischen Arbeiterräte veranlaßt die „Rote Fahne“ zu einer langen Philippika, die weniger mit Begründungen als mit ziemlich kindlichen Phrasen und Schimpfereien arbeitet. Als Hauptargument für sofortige Einsetzung von politischen Arbeiterräten führt sie an, die deutsche Arbeiterschaft in der jetzigen Situation als Gesamtheit, als Klasse handeln. Die Arbeiterschaft in ihrer vollen Breite müßte politisch zusammengefaßt werden, weil sie in ihrer vollen Breite selbständig handeln müsse. Um das zu erreichen, müßte die „Rote Fahne“ die „faulen Spitzen“ der Arbeiterorganisationen abjagen. Die Arbeiter sollen also ohne Leitung marschieren, wie etwa an dem Tage der großen Räte demonstration vor dem Reichstag, an dem sich die bewährten Führer der K. P. D. und U. S. P. D. ja auch wohlweislich im Hintergrund gehalten haben? Bewahre, die Spitzen sollen nur verschwinden, um anderen Spitzen Platz zu machen. Wen meint die „Rote Fahne“ mit der „faulen“, zuverlässigen, erprobten revolutionären Leitung, die mit „rauhem Faust“ innerhalb einer revolutionären Parteieiserne Disziplin und „Geschlossenheit“ erwirken soll? Etwa die Devi und Genossen, deren hervorragende Leistung als Führer der Kommunisten die Spaltung in K. P. D. und U. S. P. D. war? Sich eine derartige Leitung selbst zu wählen, werden sich die Arbeiter denn doch dreimal überlegen, wie sie es sich auch reißlich überlegen werden, dem Vortus eines Organs zu folgen, das die Aufgaben der Revolution „im Handumdrehen“ und „in einem Nu“ lösen zu können glaubt.

### Katholikenfeindschaft.

Auf dem Märkischen Katholikentag in Rodowes sprach Pfarrer Baron als Hauptreferent über die Pflichten der Katholiken. Er sieht „einzig und allein in der konfessionellen, in der katholischen Schule“ das Weil der kommenden Generation. Das war nicht anders zu erwarten. Bedauerlich aber ist es, daß er wieder die alten Phrasen von der religionsfeindlichen Sozialdemokratie aufsticht. Er führte aus:

„Wohin wir schauen, sehen wir uns Feinden gegenüber. Drei gewaltige Armeen sind gegen uns aufmarschiert. 1. Die Freimaurerei, die uns seit 200 Jahren zu vernichten strebt und mit der der größte Teil der Presse im Bunde ist, 2. die Armee der Sozialdemokraten aller Richtungen, die denselben Haß gegen die katholische Kirche hat wie die Freimaurer, und 3. die Armee der Sektierer.“

Wenn sich Pfarrer Baron das Parteiprogramm der S. P. D. ein wenig genauer ansähe, würde er erkennen, daß die Sozialdemokraten die Religion lediglich als Privatsache erklären. Von Religions-, Kirchen- oder gar Katholikenhaß ist da nicht die Rede. Man sollte annehmen, daß die Forderung nach dem Recht der inneren Freiheit allmählich Allgemeinut des deutschen Volkes geworden ist. Doch es den Katholiken in einem Staat, der diesen Grundlag zum Prinzip erklärt, gut geht, hat ja dieselbe „Germania“, die die Ausführungen des Pfarrers Baron widerlegt, selbst zugestanden, als sie an Hand der Statistik die Zunahme der katholischen Lehrkräfte an den deutschen Lehranstalten unter dem „neuen“ Regime nachwies. Das Bild verschiebt sich allerdings, wenn man den weiteren Ausführungen des Pfarrers folgt. Er verbreitet sich über die Katholiken „feindschaft“ der Sektierer und jagt im einzelnen:

Wenn Fedor von Sobeltsh auf Grund gemachter Erfahrungen (die man sich lebhaft vorstellen kann) dem Romanverfasser „im allgemeinen“ abrä, den Ackerproben beizuwohnen, so ist dies leicht dadurch zu erklären, daß er als Buchschreibersteller naturgemäß dem Film immer noch so fremd gegenüberstand, daß er unmöglich Freude am Mitarbeiten im Atelier haben konnte. Dies beweist jedoch nichts. Höchstens das, daß wir Originalfilmdichter brauchen. Und diese in ausreichender Zahl.

Filmschreibersteller sowie Kilometer-, Dichter- und Kinometer-Dichter haben wir annähernd genug. Man erinnere sich an die charakteristische Szene von Paul Rosenhohn: Das Telefon klingelt, der aufgeregte Filmbroschant (Fabrikant!) bestellt ein Manuskript. Bis Montag braucht er es. Atelier reserviert, Regisseur verpflichtet, sämtliche Darsteller engagiert, jeder Tag kostet 2000 Mark! (Sagt etwas zurück, heute ist es teuer).

Der unglückliche Autor schreibt — streicht aus — diktiert — telephoniert — ändert und am Montag früh liest er dem versammelten Hofe den Tag und Nächten mit Mühe und Not fertig gemordenen Film vor. Alle schütteln den Kopf: „So ein Kinodichter verdient sein Geld doch im Schlaf!“

Wobei alles richtig ist bis auf das Versehenlich von ihnen verwendete Wort „Dichter“.

Ob Schopenhauer, Goethe, Dostojewski, Tolstoi so gearbeitet haben mögen? —

Der Film hat fast alles, ihm fehlen nur Filmdichter. Diese müßten technisch herangebildet werden in einer Filmdichterschule oder in entsprechenden Kursen.

Und dann werden ihnen Schicksale wie die von Golladi, Columbus, Anselm Feuerbach, Jappelin und Kroll beschieden.

Ernährungs-Siedlung. Das Problem der Siedlung ist zur Schicksalsfrage Deutschlands geworden, und das Parado, das unsere bisherige Siedlungspolitik erlitten, ruft alle Sechsen zu besseren und wirksameren Vorschlägen auf den Plan. Mit solch einer ausföhrlichen neuen Form, die die Ernährungsfrage gegenüber der bisher vorangestellten Wohnungsfrage in den Mittelpunkt rückt, tritt der bekannte Gartenbau-Institut Leberedts in einem Ausfluß der „Tat“ hervor. Da wir uns selbst nicht ernähren können, muß zunächst einmal mit Hilfe der Technik mehr Ertrag aus unserem Boden herausgeholt werden. Da die Sonnenenergie die Grundlage aller Wachstumssteigerungen ist, müssen die bekannten Vorrichtungen, die dem Schutz und Wärmebedürfnis der Pflanzen dienen, in größerer Maße hergestellt und neue erfunden werden. Am dringlichsten aber wäre eine grundlegende Reorganisation unserer Wasser- und Düngertechnik. Werden das bis jetzt die riesigen Schätze, die die städtische Abfall- und Abwasserwirtschaft birgt, zum größten Teil noch vergeudet. Allein die etwa 10 Millionen Doppelgärtner Strassenlebricht, die etwa 100 Millionen Doppelgärtner Müll und Achen, und vor allem die rund eine Milliarde Kubikmeter Kanalisationenwasser, die unsere 30 Millionen Volkshäuser alljährlich produzieren, würden, sachgerecht genommen und verwertet, die Friedensproduktion unserer hohen Landwirtschaft dem Werte nach decken, die riesigen Düngervorräte, die unsere Stadtkultur jahrzehntlang auf Mülltippen und in den Flußmündungen

In fünf großen Heeresgruppen ziehen sie von links des Meeres gegen uns an: Methodisten, Episcopalkirche, Presbyterianer, Baptisten und Quaker. Die amerikanischen Dollarkönige geben das Geld dafür. Herr Rockefeller, der Baptist, hat königliche Summen gespendet, um die katholischen Länder zu protestantisieren. (1) Hoover stellt den Quakern seine Schiffe zur Verfügung. So ziehen sie nach Europa mit reichlichen Gaben, um die durch die Schuld Amerikas ausgehungerte europäische Menschheit für sich zu gewinnen. (1) Schon haben sie Erfolge erzielt! Aus Italien kommen beunruhigende Gerüchte. Die in Rom erscheinende protestantische Zeitung „Der Evangelist“ berichtet siefest, wie die Protestantisierung in Italien vorwärtsschreitet. Aus Rom melden die Methodisten ganz besondere Fortschritte. Schon verstanden sie, daß sie auf dem Janiculum eine Kirche erbauen wollen, die St. Peter in den Schatten stellen soll! Ähnlich wie in Italien arbeitet man im katholischen Frankreich und in Belgien. Und auch bei uns hat schon die Werbebetätigung der amerikanischen Sektierer eingesetzt. Sie wird noch zu einer ernsten Gefahr für uns Katholiken werden.

Es ist also gar nicht die Feindschaft, die Pfarrer Baron so überaus fürchtet, sondern die unbegrenzte Konkurrenz! Wir müssen gefestigen, daß wir es für wenig vornehm halten, die großangelegte Hilfsaktion der amerikanischen Sektierer, die aus wahrer christlicher Gesinnung heraus erfolgt, in dieser Weise zu diskreditieren. Hier liegen dieselben Motive zugrunde wie bei den Anwürfen auf die „religionsfeindliche“ Sozialdemokratie, ein gewisses Gefühl der inneren Schwäche und die Furcht vor Machtverlusten verführen zu Angriffen, die alles andere als christlich sind.

### Deutschland-Amerikas Funkverkehr.

Der deutsch-amerikanische Verkehr ging vor dem Kriege über zwei deutsche Kabel Emden-Agoren-New York, die auf amerikanischer Seite von der amerikanischen Commercial Cable Co., auf deutscher Seite von der Reichstelegraphenverwaltung, also unter Aufsicht fremder Kontrolle, bedient wurden. Sie hatten einen Verkehrsumfang von 7,8 Millionen Wörtern jährlich. Eins dieser Kabel verbindet jetzt England mit Kanada, das andere ist in Frankreich gelandet und Amerika ist gezwungen, seinen ganzen Verkehr mit Nordeuropa über London zu leiten. Verzögerungen und Verschümmelungen sind an der Tagesordnung, und was mit den Telegrammen in London geschieht, entzieht sich der Kenntnis anderer. Die Amerikaner geben ganz offen zu, daß sie darauf keinerlei Einfluß haben.

Bereits seit einiger Zeit besteht aber ein beschränkter deutsch-amerikanischer Funkverkehr zwischen Annapolis und Newen.

Zur Erweiterung des Funkdienstes angelegte Versuche zwischen Newen und Marion, einer der „Radio Corporation of America“ gehörenden Großfunkstelle ergaben die Möglichkeit eines Duplex-Verkehrs mit großer Wortschwwindigkeit, und der amerikanische Handelsminister versetzte daraufhin, daß die Marinestation Annapolis nur den Regierungsverkehr behalten, den Privatverkehr aber am 1. August 1920 an die Radio Corporation abgeben sollte.

Die deutsche Reichstelegraphenverwaltung stellte die Forderung, daß die amerikanische Gesellschaft vor Aufnahme des Telegraphenverkehrs mit Deutschland eine formelle Erlaubnis der deutschen Regierung einholen müsse. Zu diesem Zweck ist der Präsident der Radio Corporation letzthin in Berlin eingetroffen. Die Verhandlungen haben das Ergebnis gehabt, daß die amerikanische Gesellschaft unter gewissen Bedingungen vom Tage der Aufhebung des Kriegszustandes mit den Vereinigten Staaten an formell zum Verkehr mit Deutschland zugelassen wird. Bis dahin wird der Verkehr ohne besondere Vereinbarung abgewickelt.

Um mehrere Hundertbindungen zu haben, worauf Deutschland technisch vorbereitet ist, war der Reichstelegraphenverwaltung nur erwünscht, daß gleichzeitig eine zweite amerikanische Gruppe, die neugegründete „Radio Communication New York“, an der das große Zeitungunternehmen „Heat“ finanziell beteiligt sein soll, bereit war, eine Großfunkstelle bei New York zu bauen

angemeldet hat, ungerechnet. Sodann muß die automatische Verwässerung, die uns allein gegen Niherten schützen kann, durchgeführt werden. Da die Stadt so wichtige Grundbedingungen für die Siedlung bietet, so fordert Mäge: erst das Land bestellen und dann bauen. Dieser Weg ist von Abrahams Zeiten her immer eingeschlagen worden, wo die Verhältnisse Abwanderung und Neusiedlung erzwangen. Der fiedelnde Naturmanisch lotete erst für seine Nahrung und begnügte sich mit irgendeinem Unterschlupf. Deshalb ist es notwendig: das Land der Städte durch Städte zu bestellen.

Im Landengartenwesen sind Anläge dieser Ernährungsbedingung vorhanden. Aber diese Stadtbedingung muß in einem viel größeren Umfange organisiert werden. Denn nur hier bei der Stadt ist Massenbedingung in absehbarer Zeit wirklich ausführbar: Millionen Köpfe, auf dem Boden angelegt, ihre überflüssige Arbeitskraft ausnützen. Nur hier und tritt das im großen unübersehbare Wohn- und Bauproblem in den Hintergrund: die neuen Landmenschen können in ihren Stadtbehausungen als Standquartier verbleiben. Und nur hier erlebt die Erde neue Technik, denn die liegt größtenteils in der Stadt, und sie liegt zurecht drach und schreit nach Arbeit. Nur hier endlich gibt es Dünger und Wasser in den Mengen, die man als soziale Voraussetzung für das wirtschaftliche Gedeihen einer Siedlung auf Dauer unbedingt fordern muß.“ Wird eine solche Organisation im großen durchgeführt, dann werden sehr bald unsere Städte, statt wie bisher von Deutschland von einem weiten Kranz blühender Gärten und Güter umgeben sein, der weit über den Wohnsiedlungsgedanken hinaus als bald die schleichende Nahrungskrisis der Städte bannen und schließlich auch Reimboden einer verflügten Wirtschaft und damit neuer Wäite werden wird.“

Eine neue Heimvolkshochschule. Das von der Volkshochschule Thüringen geplante Volkshochschulheim Dreißigacker bei Reiningen steht vor seiner Vollendung. Es wird seinen ersten Lehrgang, der 20 Wochen dauern soll, am 15. September beginnen. Lehrer und Schüler werden im eigenen Heim wohnen, zusammen leben und verpflegt werden. Der Preis für Wohnung, Verpflegung und Unterricht beträgt 450 M. Das ist eine Summe, die mancher junge Arbeiter und Angestellte gern anwenden wird, um einmal einige Monate unter der Leitung erfahrener Volkshochschullehrer und im Kreise Gleichstrebender ganz seiner Bildung leben zu können.

Vor der Eröffnung des ersten großen Lehrganges wird das Volkshochschulheim noch vier Ferienwochen mit Lehrgängen über Lebensfragen aus Weltanschauung und Sozialpolitik abhalten, die am 15. resp. 22., 29. Aug. und 5. Sept. beginnen. Diese Ferienwochen sollen so wenig wie möglich schulförmig sein und sind so eingerichtet, daß ein Teilnehmer auch mehrere Wochen bleiben kann. Die Teilnehmerzahl ist auf je 40 pro Woche beschränkt. Die Kosten für Wohnung, Verpflegung und Unterricht betragen 80 M. für die Woche. Als Lehrer werden in den Ferienwochen tätig sein: Dr. Noermann, Dr. R. H. Borge, Dr. Fontanheim und Dir. Weisich. Meldungen und Anfragen sind zu richten an die Direktion des Volkshochschulheims Dreißigacker bei Reiningen.

### Film und Dichtkunst.

Von Bernd von Joachim.

Zunächst, daß beim Film künstlerisch nicht alles so ist, wie es sein könnte, daß er noch immer ein wenig in den Kinderstufen steht, sind sich Polen und Poetiker ziemlich einig.

Wozu die Einigkeit?

Wenn aber die Frage ertönt: „Was fehlt dem Film?“ — beginnt das Dilemma. Einige erwarten eine „leichte Offenbarung“ von einem Meisterregisseur, andere vom Autor, wieder andere vom Darstellersensibel, ja es gibt sogar in der Filmpresse freibewegende Personen (was mit Nachkennern nicht identisch ist), die das Weil allein vom Aufnahmeoperator erwarten.

Dem Kern der Sache am nächsten kommen die, welche von den Autoren eine Verbesserung in der Richtung auf ein künstlerisches Filmergebnis erwarten.

Kunstähnlich. Daß der Film mit Kunst zu tun?

Dr. Franz Pauls (Filmling) hat diese Frage schon früher aufgeworfen, jedoch nicht beantwortet. Vielmehr gesagt: „Vorläufig hat er (der Film) den unbestreitbaren Beweis dafür, daß er ein unantastbares Kunstwerk hervorbringen kann, jedenfalls noch nicht angetreten.“

Wenn Kunst etwas Spezielles ist, dann müssen im Film mehrere Kunstgebiete möglich sein: eine Filmdichtkunst, eine Filmregiekunst (einschließlich Ausstattung), eine Filmkampaufspielkunst und vielleicht sogar auch eine Filmphotokunst.

In seiner Bescheidenheit hat mancher Filmschaffmann nur den Titel „Kunstgewerbe“ für den Film in Anspruch genommen. Sicher zu Unrecht. Wenn alle Faktoren künstlerisch ernst und gut arbeiten, dann muß ein Gesamtkunstwerk zustande kommen können. Diesen Ehemer wird der Film wohl noch erbringen.

Nach Ignaz Stadel steht dem Kino ein Mann mit Geschmad, mit psychologischem und kulturhistorischem Verständnis sowie mit der Gabe, das Gelegene zu motivieren. Kennt den Mann Dramaturgen. Kennt ihn Literaten. Sucht euch einen Namen für ihn aus.

Daarshoff steht er vorbei am Filmdichter. Dem Film fehlt aber heute die Filmdichtkunst.

Urban God sagt in seinem Kinowort: „Günstig wäre es natürlich, wenn der Verfasser selbst seinen Film in irgendeiner Sprache, denn der versteht besser als er (1) die Sinnungen herausgearbeiten.“ Aber, sagt er weiter, „zwei Befehlshaber (Autor und Regisseur nämlich) in einem Atelier sind ein Unbünd.“

Hier liegt die Schwierigkeit. Findet man bei Urban God glücklicherweise nicht die landläufige Ueberhöhung der Ausstattung (die nur Voraussetzung ist und sich trotz der zur Verfügung stehenden Willkuren bestimmten Grenzen zu fügen hat), so fehlt doch die Erkenntnis, daß gerade ein Zusammenarbeiten zweier hervorragender Köpfe im Film ein Kunstwerk möglich macht. (Wie bei der Bühne, die in diesem einen Punkt sich durchaus nicht viel anders verhält.)



und ebenfalls für den Verkehr mit Deutschland zur Verfügung zu stellen. Die Funktionäre dürften bereits Mitte 1921 fertig sein und ein günstiges Ergebnis liefern.

Der Telegrammverkehr zwischen Europa und Amerika über Deutschland-Nordamerika wird dadurch unabhängig von Englands Wohlwollen.

## Der Waffentransport nach Königsberg.

Vorläufig keine Weiterbeförderung.

Allem Anschein nach dürfte die Angelegenheit des auf dem Stettiner Bahnhof in Berlin angehaltenen, nach Königsberg bestimmten Transportzuges für die dortige Sicherheitspolizei noch weitere Kreise ziehen. Da bisher eine Verständigung zwischen dem Ministerium des Innern und den Berliner Eisenbahnen nicht möglich war. Eine Korrespondenz gibt darüber noch folgende Einzelheiten:

Am gestrigen Nachmittag fand eine Konferenz mit den Vertretern des Bezirksbahndirektors, des Betriebsrats vom Stettiner Bahnhof und den Beauftragten der zuständigen Behörden statt. Für die Eisenbahndirektion war Oberregierungsrat Teubner, für das Ministerium des Innern der in Frage kommende Degener, Hauptmann Rende, erschienen. Außerdem nahm noch der im Ministerium des Innern tätige Zivilkommissar Bonhammel an den Besprechungen teil. Hauptmann Rende gab nochmals für das Ministerium die Versicherung ab, daß der Transport lediglich für die Sipps Königsberg bestimmt sei und ersuchte um die Weiterbeförderung. Das Ministerium sei damit einverstanden, daß Vertreter der Berliner Eisenbahnen den Transport begleiten und in Königsberg die Ausladung überwachen. Die Vertreter der Eisenbahnen lehnten diesen Vorschlag rundweg ab. Kommissar Bonhammel machte darauf den verbindlichen Vorschlag, daß der Minister des Innern sich sofort mit dem Polizeipräsidenten Lüdberg in Königsberg in Verbindung setzen und von diesem die Bescheinigung herbeibringen werde, daß die 28 Wagen lediglich zur Ausrüstung der Sipps Königsberg dienen sollten. Einzelfahrer solle jedoch der Zug nach Swinemünde gefahren werden. Die Eisenbahner gingen auf den Vermittlungsvorschlag des Kommissars Bonhammel ein, bezweifelten jedoch die Abfahrt des Zuges, bis aus Königsberg entsprechende Erklärungen des Präsidenten Lüdberg eingetroffen seien.

Am Donnerstag vormittag fand nochmals eine Konferenz der Eisenbahner mit Vertretern der Polizeizentrale statt. Wie wir hören, wird sich eine Kommission der Berliner Eisenbahner nach Königsberg begeben, um an Ort und Stelle Nachforschungen anzustellen. Erst dann wird der Transportzug Berlin verlassen können. Minister Severing versuchte gestern abend, mit den Eisenbahnern zu verhandeln, konnte jedoch auf die Entschuldigungen des Bezirksbahndirektors nicht einwirken, da die maßgebenden Vertreter nicht zu erreichen waren.

## Unruhen auf einer Hamburger Werft.

Hamburg, 19. August. (Fig. Drahtbericht des „Vorwärts“.) Die Firma Wobau u. Wob gehörte von jeher zu den größten Schiffsbauern. Es ist auf ihrer Werft gestern zu bürgerlichen Unruhen gekommen, die zu Tätlichkeiten ansetzten. Der Betriebsrat, der auf Grund des Betriebsvertrages gewählt ist, wurde von der Firma nicht ordnungsmäßig entlohnt, so daß seine Mitglieder schon seit geraumer Zeit mit geringeren Verdiensten abgefunden wurden. Des weiteren hat die Firma auch den Tarifvertrag nicht eingehalten. Es kam zu einer bürgerlichen Versammlung der Belegschaft, die von den Besitzern die Anerkennung des Tarifs und die vorchriftsmäßige Entlohnung des Betriebsrats verlangte. Die Firmenträger versuchten wiederum, sich dieser Verpflichtung zu entziehen. Die Erregung der Arbeiterschaft führte dazu, daß trotz der Einwirkung des Arbeiterrats in das Hauptgebäude eingedrungen wurde, wo es zu Tätlichkeiten gegen die anwesenden Direktoren kam, die nicht unerheblich verletzt wurden. In ihrer Bedrängnis gaben sie dann die Erklärung ab, daß sie die verlorne vergangene Zeit bezahlen wollten und ihre Verpflichtungen zu erfüllen bereit seien. Heute läßt die Werft mitteilen, daß sie infolge der Vorgänge bis auf weiteres

Ein Lehrspiel für Großstadtkinder. Der Straßenverkehr der Großstädte ist für Kinder mannigfache Gefahren ein, und bei den Überquerungen in belebten Gegenden kommen nicht selten Unfälle vor, die auf die Unachtsamkeit der Kleinen zurückzuführen sind. Aus diesem Grunde ist in englischen Schulen in den untersten Klassen ein Lehrspiel eingeführt worden, das die Kinder in sinnvoller und eindrucksvoller Weise zur Vorsicht mahnt. Es wird aus Pappmodellen das Bild einer Großstadtstraße mit Wagen der verschiedensten Art, Omnibussen, Radfahrern usw. aufgebaut. Als Ordnung dieses Chaos sieht man Polizisten in Miniaturformat, die an ihren hohen Helmen deutlich erkennbar sind. Um diese Szenarie zu spielen, werden die Kinder, Knaben und Mädchen, einen Kreis und singen ein Kinderlied, in dem ihnen in leicht zu behaltenden Reimen die Gefahren des Straßenverkehrs und Vorsichtsmaßnahmen beim Überqueren der Wege eingeschärft werden. Ein paar unartige „Jungen“ zeigen dann praktisch das schreckliche Schicksal der bösen Kinder, indem sie zwischen die Wagen laufen und sich niederwerfen müssen, während die „arthen Mädchen“ im Chor die Verwundungen und Schmerzen schildern, die sie erleiden. Dieses Spiel, in dem sich Gesang und praktische Darstellung sehr einprägsam vereinigen, soll eine gute Wirkung auf die Kinder ausüben, so daß sie beim Straßenverkehr sehr vorsichtig sind und alle Gefahren vermeiden.

Verbrecher im Bienenstaat. Auch das Bienenvolk hat seine Elemente, die sich auf Kosten der anderen ein bequemeres Leben machen. Schon äußerlich unterscheiden sich diese moralisch minderwertigen Honigbienen durch das Fehlen des Haarfleides und durch ihre schwarze Farbe von ihren fleischigen Stammesgenossen. Die so gekennzeichneten Tiere dringen unentdeckt in fremde Stöcke ein, um dort ihre Raubgeschäfte zu betreiben. Auf diesen Diebstahlszügen werden sie zuweilen erlappt und hinausgeworfen; ehe diese Ermittlung aber erfolgt, wird den Dieben der Honig, den sie gestohlen haben, dadurch wieder abgenommen, daß die Bestohlenen sie gründlich ablecken. Bei dieser Prozedur läßt sie ihr schmutziges Haarfleid ein, so daß an den vom Haar befreiten Stellen die dunkle Haut zum Vorschein kommt. Die Biene ist dadurch als Verbrecherin gekennzeichnet. Aber es gibt auch, wie erprobte Jäger zu berichten wissen, Raubbienen, die schlau genug sind, sich allen Nachstellungen der Sicherheitspolizei zu entziehen. Diese abgefeimten Räuber werden oft sogar so dreist, daß sie nicht davor zurückweichen, ankommende Traubenbienen anzufallen, um ihnen den eingesammelten Honig abzunehmen. Die harmlosen Arbeiterinnen, die des Glaubens sind, daß sie an einen fremden Stock angefliegen sind, reichen dann den fremden Stöcken selbst den Küffel und lassen sich den Honig aus dem Munde stehlen.

Der zurückgekehrte Fontane-Preis. Der Fontane-Preis ist einmalig, dem Verfasser eines der besten Gegenwartseromane „Demian“, zuerkannt worden. Nun hat sich aber herausgestellt, daß einmalig ein Pseudonym und Hermann Hesse der Verfasser ist. Hermann Hesse, der ja nicht erst besonderer Förderung bedarf, hat den Fontane-Preis wieder zurückgegeben.

geschloßen bleiben muß. Ob und welche Weiterungen sich aus diesem Vorfall noch ergeben werden, ist zweifelhaft noch nicht abzusehen.

## Auch die Schweiz neutral.

Zürich, 18. August. Die Delegiertenversammlung der Personalunion des eidgenössischen Personals in Zürich hat eine Resolution angenommen, in der es heißt: Das eidgenössische Personal in Zürich erachtet es als eine dringende Aufgabe, internationale Solidarität zu üben und alle Waffen- und Kriegsmaterialtransporte durch die Schweiz zu verhindern. Es fordert daher die Organisationen des schweizerischen Eisenbahnerverbandes und des Gewerkschaftsbundes auf, sofort von den obersten Bundesbehörden Garantien zu verlangen, daß keine Kriegsmaterialtransporte durch die Schweiz durchgelassen werden. Die Personalunion fordert deshalb die sofortige Einlegung von Personalkommissionen, die an der Grenze alle internationalen Transporte zu überwachen und zu untersuchen haben. Sollten diese Garantien betweigert werden, so wird der schweizerische Eisenbahnerverband aufgefordert, Abwehrmaßnahmen einzuleiten.

## Frauenstimmrecht für Amerika.

New York, 18. August. Nachdem die gesetzgebende Körperschaft des Staates Tennessee die bereits vom amerikanischen Kongress angenommene Weisung betreffend Einführung des Frauenstimmrechts ratifiziert hat, wird die Vorlage Gesetz. Die Zustimmung von 36 Staaten zur Vorlage war erforderlich und Tennessee ist der 36.

## Schnell revidieren!

Kristiania, 19. August. Die zwölfte nordische interparlamentarische Konferenz ist heute hier eröffnet worden. Der Vorsitzende, der ehemalige norwegische Stortingpräsident Mowinkel, führte in der Eröffnungsrede u. a. aus, daß die auf den Frieden gerichteten Hoffnungen fehlgeschlagen seien. Der Friede sei kein Versöhnungsfriede, wie erhofft, sondern ein Diktatfriede schlimmer Art geworden, wie er nur aus dem Altertum bekannt sei. Die Punkte, die die Lösung der nordischen Fragen und der Völkervereinigung dar, so Verbesserungsbedürftigkeit dieser auch sei.

Zum ersten Punkte der Tagesordnung, Aenderung und Aufhebung des Völkervertrages, sagte der schwedische Vertreter Freiherr Adelswärd u. a.: Bisher seien zu große Erwartungen auf die Solidarität der Nationen gesetzt worden, doch brauche man nicht zu verzweifeln. Die Hauptaufgabe sei, auf Aenderungen hinzuwirken, damit der Völkervertrag eine lebensfähige Einrichtung werde. Hierher gehöre der Ausbau der internationalen Rechtsordnung sowie die Zulassung Deutschlands und der Vereinigten Staaten. Weiter dominiere Uebermut und rücksichtslose Außerachtlassung des Rechtes der Nationalitäten; man denke an Rumänien, die Tschechoslowakei und Finnland. Das Rechtsprinzip müsse die Interessenpolitik ersetzen, wenn nicht das Friedenswerk eine neue Grandafel werden solle. Der Redner deutete an, daß es wünschenswert sei, daß der Kongress in einer Entscheidung die Aenderungsvorschläge zusammenfasse. Die übrigen Redner stimmten fast ausnahmslos den durch Adelswärd entwickelten Richtlinien bei; insbesondere betonte der ehemalige norwegische Staatsminister Lovland ebenfalls, daß die mitteleuropäischen Staaten baldigt in den Völkervertrag eintreten müßten, was unumwiderröcklich blieb.

Der norwegische Sozialdemokrat Buen erklärte, daß der Völkervertrag bisher nur der Apparat einer Mächtegruppe sei; dies müsse in der Entscheidung allem Lärm der großen Mächte zum Trotz ausgedrückt werden. Der Schwede Hallen legte dar, man müsse schnell revidieren, ehe eine Revision vom Osten komme.

## Groß-Berlin

### Die Jugend steht auf!

Verlangen die Alten oder sind sie allein nicht stark genug, um den Kampf gegen Kinoschund und Schundliteratur siegreich durchzuführen? Nun — Verärgerung naht, naht aus den Reihen der Jugend selbst! Die Jugend steht auf und erhebt sich zum Kampf gegen geistige Verdummung und Anedding.

In Bismarck vereinigt sich die Jugend aller Richtungen zu gemeinsamen Wirken. Aus sich heraus will sie neue Kultur und Einsicht gestalten. Eine erste Flugchrift: „Unser Wollen“ gibt sie heraus. Hier finden wir auch einen Beitrag des Genossen Franz Osterroth als Vertreter der „Arbeiterjugend“. Den Spruch Raabes setzt er seinem Artikel voran: „Sieh nach den Sternen — gib acht auf die Waffen.“

Ob der Bochumer Jugend die Erfüllung ihres Wollens werden wird? Wir wissen es nicht. Kinoschund und Schundliteratur sind Auswüchse der kapitalistischen Ausbeutung und werden als solche erst mit dieser gänzlich verschwinden. Trotzdem aber — der Kampf gegen diese Auswüchse ist ein Teil des Kampfes gegen den Kapitalismus. Dem Kampf der Bochumer Jugend Heil und Gruß, schon um jedes Arbeiterjugend, um jedes einzelnen willen, den er dem Schmutz und der Schundliteratur fernhält. Geiandung unseres Volkes tut not — freuen wir uns, wenn sie von der Jugend ausgeht.

Die Bochumer Jugend steht auf — wo Meßt die Jugend ganz Deutschlands!

### Aus der Arbeit des Wohnungsverbandes.

Der Groß-Berliner Wohnungsverband, der im November 1918 zusammentrat, um die infolge des Krieges entstandene Wohnungsnot durch gemeinsame Maßnahmen für Groß-Berlin, besonders durch Förderung des Kleinwohnungsbaues zu bekämpfen, hat jetzt durch seinen Geschäftsführer Stadtschreiber Dr. Reuster einen Tätigkeitsbericht erstattet. Zur Schaffung neuer Wohnungen ist in der abgelaufenen Zeit mehr getan worden als mancher meint, aber gegenüber dem außerordentlichen Wohnungsbedarf wiegt das alles sehr wenig.

Für das Haushaltsjahr 1919 standen dem Verband an Bauförderungsleistungen 100 Millionen M. zur Verfügung, wovon ihm drei Viertel durch Reich und Staat zurückerstattet werden sollen und ein Viertel den am Verband beteiligten Gemeinden zur Last fällt. Er gewährte als Zuschüsse: 80 Millionen für 10 600 Wohnungen (in Dach- und Kellerwohnungen, in Läden, Werkstätten usw.), 25 Millionen für 1700 Wohnungen in Behelfsbauten (Paraden, Holzhäuser, Leicht- und Schnellbauten), 106 Millionen für 3700 Wohnungen in Dauerbauten (für 750 Wohnungen in mehrgeschossigen Mietshäusern, für 2050 Wohnungen in Kleinbauten der Arbeiterklasse). Diese Leistungen, 16000 neue Wohnungen, verteilen sich auf ein Gebiet, das sich mit dem des bisherigen Zweckverbandes Groß-Berlin deckt und auf 3612 Quadratkilometern über 4 Millionen Einwohner beherbergt. Der Verband hat außerdem 1 1/2 Millionen für Landankaufe, 3/4 Millionen für Beteiligung an der von Staat, Provinz

und Verband errichteten Siedlungsban „Mächtige Heimstätte“, 3 Millionen für Errichtung von drei Paradenanlagen und 300 Holzernen Einfamilienhäusern für Flüchtlinge. Durch den Reichslingsschutz, der in den letzten 10 Monaten 20 000 Familien (ungefähr der Einzelpersonen) nach Groß-Berlin geführt hat, ist die Wohnungsnot noch verschärft worden.

Trotz andauernder Steigerung des Wohnungsbedarfes hat das Bauprogramm für 1920 sehr stark — auf ein Zehntel! — herabgemindert — eingeschärft! werden müssen. Weil das Reich nur noch geringe Kostzuschüsse in Aussicht stellte, während die Baukosten inzwischen weiter gestiegen waren. Mit den für 1920 zur Verfügung stehenden Beträgen von insgesamt 36 Millionen, wovon 27 Millionen das Reich beisteuern will, werden nicht mehr als 1000 neue Wohnungen geschaffen werden können — gegenüber 16 000 für 1919. Der Tätigkeitsbericht trägt im Schlußwort bitter über diese notgedrungenen Einschränkungen, weist auf den immer noch andauernden Zugang hin, findet eine weitere Verschärfung der Wohnungsnot an und fordert zur nachdrücklicheren Bekämpfung die Vergabe ausreichender Geldmittel.

### Die Potsdamer Sicherheitswehr und die Gastwirte.

Der Verband der Gastwirtegehilfen steht mit einigen Unternehmern in Potsdam in Differenzen. Die Unternehmern haben sich, wie aus der Verband der Gastwirtegehilfen mitteilt, zu diesem Zweck mit der Potsdamer Schutzmannschaft sowie Sicherheitswehr in Verbindung gesetzt und beantragt auf Abzug in Bereitschaft gehalten. Es stellt sich heraus, daß hier die Polizei ganz willfährig bei ihren Verhaftungen vorgeht und sich nur Informationen von den Arbeitgebern einholt. — Am Sonntag, den 15. August, hatte sich zwischen einigen Gästen und dem Wirt Oscar Vogel, Besitzer des Café Bismarck, Warsenstr. ein Streit gebildet über die Bezahlung des Bedienungsgeldes. Einige Gäste weigerten sich, 15 Proz. Bedienungsgeld an die Kellner zu zahlen und beriefen sich hierbei auf einen Schiedsspruch des Reichswirtschaftsministeriums. Während dieses Streites telephonierte der Unternehmer die Polizei an und nach kurzer Zeit erschienen 12—15 Sicherheitskollern per Rad und mischten sich sofort in diesen Streit zwischen Gast und Unternehmer ein. Es ist hier nur der Besonderefall einzelner Fälle auch gegen gemeinerer Fälle zu verstanden, daß sich hier nicht unübliche Szenen abgepielt haben. Ein Schuttmann in blauer Uniform sahien hierbei vollständig seine Instruktionen vergessen zu haben und wollte mit aller Gewalt einen ganz Unberechneten zur Weiche bringen und ließ erst davon ab, als ihm von seinen des Publikums klar gemacht wurde, daß der betreffende am Streit gar nicht beteiligt war. In einem vollständig unangebrachten Ton forderte er dann das Publikum auf, den Platz dort zu verlassen. Es wurde ihm erwidert: Wir befinden uns nicht auf dem Kasernenhof, sondern leben in der Republik Deutschland, wenn wir auch im Augenblick in Potsdam seien.

Wer trägt eigentlich die Kosten für dieses Aufgebot und wer gibt der Polizei das Recht, sich in solche wirtschaftlichen Kämpfe, die sich innerhalb des Lokales abspielen, einzumischen? Es wird doch immer behauptet, auch die Sicherheitswehr sei von organisierten Arbeitern durchzogen, und ist es doch vollständig paradox, einmal vielsticht einer Organisation anzugehören, um auf der anderen Seite seinen Gewerkschaftsgenossen auf Wunsch des Unternehmers zu bekämpfen.

Für 200 000 M. Teppiche erbeuteten Einbrecher in der Wohnung einer Frau S. in der Memfelder 12. Es handelt sich um drei sehr wertvolle Teppiche, einen Perler, 3 1/2 x 4 1/2 Meter groß, mit königblauem Untergrund, einem gelben Webknoten in der Mitte, gelbem Rand und ebensolchen Franzen, einen Tabris, 2 1/2 x 4 1/2 Meter groß, heller Untergrund mit roten, gelben und blauen Schlangenslinien und Figuren, einen orientalischen Teppich, 3 1/2 x 4 1/2 Meter groß, mit blaueschwarzem Muster auf rotem Untergrund. — Verhaftungsmann wurden konnten ein großer Smyrnatteppich mit großen Blumen, 3 x 5 Meter, und ein hellgrauer deutscher Teppich mit Blumen, der 3 x 3 1/2 Meter groß und aus mehreren Stücken zusammengesetzt ist. Diese Teppiche wurden einem angeblichen Ehepaar abgefragt, daß in einem Berliner Hotel mit den Teppichen und einer marmornen Standuhr, die ebenfalls beschlagnahmt werden konnte, abgestiegen war. Nach den Feststellungen der Kriminalpolizei hat das Paar die Sachen schon seit dem 20. Mai d. J. in seinem Besitz gehabt. Sie müssen also vor dem gestohlen worden sein. Die Sachen können Werktag vormittags im Zimmer 89 des Berliner Polizeipräsidiums beschlagnahmt werden.

Kranke Rot- Enkräftet aufgefunden wurde gestern nachmittag in der Graf-Rödem-Str. zu Reinickendorf eine unbekannt Frau von etwa 54 bis 56 Jahren. Sie wurde nach dem Reinickendorfer Krankenhaus gebracht, wo der Arzt feststellte, daß die Frau infolge Unterernährung zusammengebrochen und das Bewußtsein verloren hat. Sie liegt noch schwer danieder. Die Unbekannte ist 1,60 Meter groß, sehr schwächlich und bloß.

Und was geschieht in diesem Falle ärmerster Rot im Jahre des Geihs 1920, nachdem die Frau in der Krankenhausbehandlung notwendig wieder hergestellt worden ist?

Der Bäckermeister Eduard Godeker, Trammstr. 129, ist wegen unzuverlässiger Betriebsführung auf die Dauer von zwei Wochen von der Wehrgutsprüfung ausgeschlossen worden.

Bermitt. Seit dem 23. Null wird der 17 1/2 jährige Handlungsgehilfe Walter Hornich vermisst. In diesem Tage ging Hornich zu gewöhnlicher Stunde aus der allertigen Wohnung fort und ist bis heute nicht zurückgekehrt. Mitteilungen über dessen Verbleib werden gegen Erstattung der Rollen an die Eltern, St. 87, Essener Str. 20 (Post. 2834), erbeten.

Stadtwahlkreis Prenzlauer Tor. Als Obmann des Arbeitervereins der sozialdemokratischen Elternvereine des Prenzlauer Torbezirks wurde Genosse A. Pregeleski, Rangardstr. 17, gewählt.

Potsdam. Vorträge im Viktorianum. In diesem Winter werden die Literaturvorträge des Prof. Dr. Rania und die Kunstvorträge des Prof. Dr. Fijelk wirtinwider abwechseln. Es beginnt Prof. Rania Donnerstag, den 26. August, mit drei Vorträgen über J. S. Hieran werden Vorträge von Prof. Fijelk sich anschließen.

Gegen das Mietverordnungsamt Charlottenburg. Der Mieterverein Charlottenburg E. B. veranlaßt am Freitagabend 7 Uhr im Volkshaus, Rosinenstr. 4, in der Hohenzollernstraße, Berliner Straße 105, und in der Gemeindefschule 10, Goethestr. 22, öffentliche Protestversammlungen gegen das Mietverordnungsamt. Wie wir hören, richtet sich der Protest gegen die Spruchpraxis mehrerer Vorsitzender, die dahin geht, daß der neue Höchstauschlag zur Friedensmiete auch auf laufende Verträge angewendet wird, obwohl dies nach dem Wortlaut der preussischen Höchstmietenverordnung und der Verordnung des Wohnungsverbandes nicht zulässig ist. Ferner wird dagegen protestiert werden, daß zu hohe hypothekarische Belastungen der Grundstücke als Grund für eine Herabsetzung der Friedensmiete betrachtet werden.

Friedensbund der Kriegsteilnehmer. Bezirksgruppe Charlottenburg. Sienensstr. 10. Danksagung und Grußwort. Gemeinamer Kameradenabend, heute, abends 8 Uhr, im Restaurant zum Drebbener Hof, Charlottenburg, Wilmersdorfer Str. 154. Ref.: Prof. Dr. Berger.

## Groß-Berliner Parteinachrichten.

### Morgen, 20. August:

Friedrichshöhe. Bei Haberland: Mitgliederversammlung des Sozialdemokratischen Arbeitervereins. Tagesordnung: 1. Vortrag des Genossen Herzberg über: „Kommunalpolitik“. 2. Parteianglegenheiten. 3. Beschließen.

Junges. Vereinigung. Arbeitsnachweis: 6 Uhr Sitzung im Bernhardt-Gebäude. — Arbeitsgruppe Völkervertrag: 7 1/2 Uhr im Jugendheim, Reichsstr. 14 a. Vortrag, event. Teilnahme in Säden. — Säden: 7 1/2 Uhr im Zentraljugendheim, Lindenstr. 2. Diskussionsabend mit dem Thema: „Was erwarten wir von der Weimarer Reichsjugendkonferenz.“ Alle Arbeitsgruppen sind hiermit eingeladen.



